

Fachkräfte gewinnen, Patientenschutz sichern

21. Europatag der Bundeszahnärztekammer in Berlin

Wie lässt sich der zunehmende europaweite Fachkräftemangel im Gesundheitswesen bewältigen, ohne die hohen Qualitätsstandards in der Patientenversorgung zu gefährden? Diese Frage stand im Mittelpunkt des 21. Europatages der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), der Anfang Juli im historischen Festsaal der Humboldt-Universität zu Berlin stattfand. Unter dem Titel „Anerkennung ohne Grenzen? Fachkräftesicherung zwischen Binnenmarkt und Patientenschutz“ diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und zahnärztlicher Selbstverwaltung über die Zukunft der europäischen Berufsanerkennung sowie über die Balance zwischen dringend benötigter Fachkräftegewinnung und einem konsequenten Patientenschutz.



Sie beteiligten sich an der Diskussion (v. l.): Moderator Niels Reith, BZÄK-Vizepräsidentin Dr. Doris Seiz, Arne Franke, BDA, BZÄK-Präsidentin Dr. Romy Ermler, Robert-Martin Montag, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP, Dr. Freddie Sloth-Lisbjerg, Präsident des Council of European Dentists, und BZÄK-Vizepräsident Dr. Ralf Hausweiler.

Die Debatte kommt zur richtigen Zeit. Mit der für Herbst 2026 angekündigten „Skills Portability Initiative“ will die Europäische Kommission die aus dem Jahr 2005 stammende EU-Berufsanerkennungsrichtlinie in wichtigen Punkten überarbeiten. Ziel ist es, Anerkennungsverfahren innerhalb der Europäischen Union schnell-

ler, digitaler und transparenter zu gestalten. Der politisch sensibelste Teil der Initiative betrifft jedoch die Anerkennung von Qualifikationen aus Drittstaaten. Um Europas Attraktivität im internationalen Wettbewerb um ausländische Fachkräfte zu erhöhen, beabsichtigt die EU-Kommission, die unterschiedlichen Verfahren in

den EU-Mitgliedsstaaten zu beschleunigen und stärker zu harmonisieren. Dabei ist bislang offen, wie eine entsprechende Regelung ausgestaltet werden kann.

Europa braucht Fachkräfte, aber keine Abstriche bei der Qualität

In ihrer Begrüßung machte die Präsidentin der Bundeszahnärztekammer, Dr. Romy Ermler, deutlich, dass der Fachkräftemangel längst zu den größten Herausforderungen für die Gesundheitsversorgung in Europa zählt. Qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland seien ein unverzichtbarer Bestandteil der Lösung. Gleichzeitig dürfe die notwendige Beschleunigung von Anerkennungsverfahren nicht zulasten der Versorgungsqualität gehen. Gerade Zahnärztinnen und Zahnärzte trügen eine besondere Verantwortung für die Gesundheit ihrer Patientinnen und Patienten. Deshalb müssten Qualifikation, Berufsbefähigung und Patientensicherheit auch künftig die Leitlinien jeder europäischen Reform bleiben.

Ermler begrüßte ausdrücklich das Ziel der Europäischen Kommission, Anerkennungsverfahren effizienter zu gestalten. Weniger Bürokratie, digitale Prozesse und kürzere Bearbeitungszeiten könnten dazu beitragen, dringend benötigte Fachkräfte schneller in die Versorgung zu bringen. Wo – wie im Falle von Diplomen aus Drittstaaten – jedoch wesentliche Unterschiede in Ausbildung und Qualifikation bestehen, müssten verlässliche Prüfverfahren weiter-

hin möglich bleiben. Qualitätssicherung sei kein Selbstzweck, sondern gelebter Patientenschutz.

Zwischen Binnenmarkt und Verantwortung

Den fachlichen Auftakt gestaltete Prof. Dr. Gregor Thüsing, LL.M. (Harvard). In seinem Impulsvortrag ordnete er die geplante Reform der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie rechtlich ein und stellte sie in den Kontext der parallel geführten Diskussion in Deutschland über die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Dabei zeigte er auf, welche unterschiedlichen Interessen künftig miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Einerseits steht der europäische Binnenmarkt für Mobilität und Freizügigkeit, andererseits verlangt gerade das Gesundheitswesen nach besonders hohen Anforderungen an Qualifikation und Berufsausübung. Damit setzte Thüsing den Rahmen für die anschließende Podiumsdiskussion, die von Niels Reith, Geschäftsführer der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung, moderiert wurde.

Ein gemeinsames Ziel – unterschiedliche Perspektiven

Trotz unterschiedlicher Blickwinkel zeigte die Diskussion bemerkenswerte Übereinstimmungen. Europa wird seinen steigenden Bedarf an Fachkräften ohne qualifizierte Zuwanderung nicht decken können. Gleichzeitig bestand Einigkeit darüber, dass die Sicherheit der Patientinnen und Patienten niemals hinter wirtschaftliche oder verwaltungstechnische Erwägungen zurücktreten darf.

Für die Bundeszahnärztekammer betonte Vizepräsident Dr. Ralf Hausweiler die Bedeutung sorgfältiger Kenntnisprüfungen bei Berufsabschlüssen aus Drittstaaten. Sie seien keine unnötige bürokratische Hürde, sondern dienen der Qualitätssicherung und damit unmittelbar dem Schutz der Patientinnen und Patienten. Ebenso unverzichtbar seien ausreichende Sprachkenntnisse. Eine sichere Behandlung setze eine präzise Kommunikation mit den Patientinnen und Patienten ebenso voraus wie eine reibungslose Verständigung innerhalb des Praxisteam.



Vor historischer Kulisse: Der Europatag der Bundeszahnärztekammer fand in diesem Jahr im Festsaal der Humboldt-Universität zu Berlin statt.

Digitalisierung als Chance begreifen

Arne Franke, Leiter des Bereiches Europapolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), warb für eine stärkere europäische Harmonisierung der Anerkennungsverfahren. Aus seiner Sicht seien die bestehenden Verfahren vielfach zu komplex und dauerten zu lange. Im internationalen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte müsse Europa attraktiver und effizienter werden.

Großes Potenzial sieht Franke im Einsatz künstlicher Intelligenz. Digitale Anwendungen könnten beispielsweise Ausbildungsnachweise und Zeugnisse schneller prüfen, Verwaltungsabläufe vereinfachen und Behörden entlasten. Darüber hinaus sprach er sich für gemeinsame europäische Ausbildungsrahmen nach dem Vorbild der Physiotherapie aus. Auch moderne Übersetzungstechnologien könnten künftig dazu beitragen, sprachliche Barrieren weiter abzubauen.

Ähnlich argumentierte Robert-Martin Montag, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP auf Bundesebene. Er plädierte für gemeinsame europäische Standards, weniger Bürokratie und eine konsequente Digitalisierung der Anerkennungsverfahren. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz könne dabei zum entscheidenden Innovationsmotor werden – sowohl bei der

Dokumentenprüfung als auch bei administrativen Prozessen. Gleichzeitig wurde in der Diskussion deutlich, dass digitale Technologien zwar Verfahren beschleunigen können, die fachliche Bewertung beruflicher Qualifikationen jedoch weiterhin einer sorgfältigen Prüfung bedarf. Gerade in den Heilberufen bleibt die persönliche Verantwortung untrennbar mit hohen Qualitätsanforderungen verbunden.

Fachkräftesicherung ist mehr als Berufsanerkennung

Zum Abschluss der Veranstaltung richtete BZÄK-Vizepräsidentin Dr. Doris Seiz den Blick über die europäische Berufsanerkennung hinaus. Schnellere Verfahren seien wichtig, könnten den Personalmangel jedoch allein nicht beheben. Notwendig sei vielmehr ein ganzheitlicher Ansatz. Dazu gehörten insbesondere eine höhere Ausbildungsquote in allen EU-Mitgliedsstaaten ebenso wie attraktive Arbeitsbedingungen, weniger Bürokratie und eine stärkere Prävention. Gleichzeitig müsse es gelingen, mehr Absolventinnen und Absolventen dauerhaft für die unmittelbare Patientenversorgung zu gewinnen. Nur wenn der zahnärztliche Beruf langfristig attraktiv bleibe, lässt sich der Fachkräftebedarf nachhaltig sichern.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK